(Vierter Expedition: Kommandanten-Straße 7. Jahrgang.)

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inserate pro Petitzeile 2 Sgr. Diejenigen geehrten Abonnenten hier, welche die Urwähler-Zeitung früh Morgens pünktlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 3 Pf. Botenlohn. Außerhalb Preußens beliebe man sich an die zunächst belegenen Postämter, im Inlande an die bekannten Spediteure der des Postdebits verlustigen Zeitungen zu wenden.

№ 25. Berlin, Freitag, den 30. Januar 1852.

Büreaukratie oder Aristokratie?

Man sagt uns, es handle sich in Preußen um die Frage: ob aristokratisch oder büreaukratisch, und man fügt hinzu: „Ihr macht's Euch leicht, wenn Ihr sagt: wir wollen beides nicht, aber Ihr macht's Euch selbst schwer, wenn Ihr dennoch genöthigt seid, eins von beiden zu ertragen."

Nun denn: so wollen wir dieser Frage einige Aufmerksamkeit schenken und wir werden beweisen, daß, gleichviel ob wir das eine oder das andere nicht wollen, wir beides nicht wollen können.

Wir wollen uns deutlicher ausdrücken. Wenn man uns fragte: wie wollt Ihr regiert sein, durch eine Büreaukratie, oder eine Aristokratie? so würden wir hierauf folgendermaßen antworten. Wenn es einmal sein muß, daß wir wenigstens für die nächste Zeit verzichten sollen auf ein volksthümliches Selbstregiment, so ist uns diejenige Regierung die am wenigsten feindselige, die dem bisherigen Standpunkte des Staates die natürlichste ist.

Hätten wir eine Aristokratie, die politisch ausgebildet durch eine Reihe von Jahren die Staatsgeschäfte mit Umsicht leiten gelernt; — hätten wir eine solche Aristokratie, die sich über die Frage ihrer Sonderinteressen bereits erhoben und eine gemäßigte Ansicht von denselben in ihrem Verhältniß zum gesammten Staatsinteresse durch die Praxis erworben hat; — hätten wir eine Aristokratie, die geschichtlich mit dem Bewußtsein des Volkes in irgend welcher Art verbunden ist, die irgendwie und wo eine erhabene Erinnerung im Volke hinterlassen, die irgend zu welcher Zeit das Volksvertrauen für sich gewonnen; — hätten wir eine solche Aristokratie, so würden wir sagen, gebt ihr bis auf bessere Zeiten das Regiment in Händen.

Aber wir haben keine solche. Vor dem Jahre 1808 war unser aristokratischer Staat ein politisch ungebildeter. Seit dieser Zeit haben wir wohl adlige Staatsmänner, aber nur als Staatsdiener, nicht als Repräsentanten eines staatsmännischen Adels gesehen. Das preußische Volk datirt den Augenblick, wo sein politisches Bewußtsein anfing, gerade von der Zeit her, wo das Joch des Adels von seinem Nacken genommen wurde und der Adel selber hat trotz aller Versuche nach den Befreiungskriegen sich niemals zu einer politischen Partei herangebildet. Die ständischen Rechte, die die Provinzialvertretung ehedem besessen, sie haben in ihrer Verkümmerung gerade den adligen Mitgliedern immer genügt; die ständische Opposition, sie hatte immer ihren Hauptsitz in den bürgerlichen Elementen. So hat sich denn historisch die Unselbstständigkeit des Adels als politische Partei bereits seit einem halben Jahrhundert bei uns herausgestellt. Zählen wir nun dazu die Erscheinungen in den letzten vormärzlichen Jahren, in welchen sich die adlige Vertretung nicht zu finden wußte in das freiere Element, das die Zeit ihm bot, und rechnen wir hierzu noch den Selbstmord, den das ständische Wesen an sich selbst beging auf dem zweiten vereinigten Landtag, so ist es klar, daß eine Aristokratie erst geboren werden müßte, um einen aristokratischen Staat in Preußen zu begründen.

Wir hätten hiernach alle Ursache, ein büreaukratisches Regiment vorzuziehen. Die Kreuzzeitung hat nicht Unrecht, wenn sie behauptet, daß die Büreaukratie demokratisch sei. Es ist wahr, die Büreaukratie hat in den vormärzlichen Zeiten sich aus dem Volke rekrutirt, sie hat eine besondere Kasts gebildet, aber eine Kaste, welche dem Volke nie feindselig war. Der alte Liberalismus hatte im Beamtenthum seine Wurzel, und dieses Beamtenthum stellte eine ansehnliche Zahl von Kämpfern auf die Schlachtfelder der neuen Zeit. Das Volk, jedem

aristokratischen Regiment vollkommen entwachsen, ist leider mehr als gut ist an das büreaukratische Wesen gewöhnt, und handelte es sich darum, die Erholungspause des Völkerlebens erträglich auszufüllen, so ist uns ein rein büreaukratisches Regiment naturgemäßer und also auch lieber als ein aristokratisches. Wie die Aussichten jetzt sind, hätten wir von einer reinen Büreaukratie wohl Chikane, Bevormundung und Schererei, aber von einer reinen Aristokratie rachelustige Herrschsucht zu befürchten. Die erstere würde uns unterdrücken, die letztere uns vernichten wollen. So würden wir also ernstlich die Büreaukratie der Aristokratie vorziehen.

Was uns aber veranlaßt, selbst mit diesem Urtheil zurück zu halten, und lieber keine, als eine zweifelhafte Antwort auf die Frage zu geben, ist Folgendes:

Wir haben oben nachgewiesen, daß wir keine wirkliche Aristokratie haben: wir erkennen es jetzt, daß wir auch keine reine Büreaukratie mehr besitzen. Die Reaktion hat sie verwischt und vermischt, sie hat die ehemals reine Büreaukratie durch Disziplíniren und Einschüchtern mit den Elementen der reaktionären Aristokratie vermengt, und wiederum hat die Aristokratie es nicht vermocht, sich zu einer selbstständigen Partei zu erheben, ohne ihre Stütze in der büreaukratischen Reaktion zu suchen und zu finden.

Dadurch aber ist die ganze Frage von ihrem einfachen Standpunkt verschoben und eine zusammengesetzte geworden, welche das „Entweder" nicht mehr viel vom „Oder" unterscheiden läßt.

Wenn man ernstlich die Frage, wie sie ist, und die Dinge, wie sie sind, in's Auge faßt, so kann man nicht mehr uns zur Entscheidung stellen: ob **Büreaukratie** oder **Aristokratie**, sondern die Frage heißt jetzt: ob **aristokratische Büreaukratie** oder **büreaukratische Aristokratie.**

Da die Sachen nun so stehen, daß die Frage selber, wenn sie richtig gestellt ist, keinen großen Unterschied zwischen dem Entweder und Oder mehr zuläßt, so wird es uns Niemand verdenken, wenn wir, um uns parlamentarisch auszudrücken, in Erwägung: daß doch nicht viel von alledem herauskommt, ferner in Erwägung: daß das, was herauskommt, gerade nicht allzuviel taugen wird und wohl kaum haltbar sein dürfte, wie endlich in Erwägung: daß wir für unsere empfindliche Zeit schon allzuviel erwogen haben, über die Frage: ob Büreaukratie, ob Aristokratie — zur Tagesordnung übergehen. —

Berlin, den 29. Januar.

— In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurde über den gestern erwähnten Beseler'schen Antrag berathen; außer der ebenfalls mitgetheilten, von der Kommission vorgeschlagenen Tagesordnung hatte sich noch die unvermeidliche Geppert-Bodelschwingh'sche Tagesordnung eingefunden; als Motiv giebt dieselbe an, daß bei den von der Bundesversammlung zu fassenden Beschlüssen die Wahrung der Souveränetät der Krone Preußens wie der verfassungsmäßigen Rechte des Landes der Regierung obliegt und von derselben erwartet werden muß. Unter den Rednern für den Beseler'schen Antrag befanden sich die Abg. Dyhrn und Vincke; ersterer schloß mit den Worten: „Ein Staatsmann hat als eine vorzügliche Stütze der Regierung einen Verein zur Verbreitung der Gespensterfurcht bezeichnet; wenn dieser Staatsmann jetzt lebte, er würde einen solchen Verein nicht zu gründen brauchen; denn er existirt schon, von Lissabon bis Petersburg nnd wir sehen seine Wirkungen. Aber die Gespensterfurcht bewirkt auch, daß man manches für ein Gespenst hält, was kein Gespenst ist; sie wird auch dann ein Gespenst sehen, wenn der deutsche Geist erwachen wird; aber dann werden auch diejenigen erbleichen, die heut die Tapfersten scheinen. Und er wird sicher und wahrhaftig erwachen. Dafür bürgen uns zwei große Zeugen, Holstein und Hessen, Holstein durch Deutsche bezwungen und dem Feinde überantwortet, Hessen mit seinem treuen Volk, mit seiner Ruhe, die so imposant war, daß ein Hassenpflug vor ihr, nicht vor einer Empörung, die bange Flucht ergriff. Diese Völker sind nicht besiegt; ein Land, in dem solche Männer leben, ist nicht bestimmt, unter das französische Messer oder die russische Knute zu fallen. Deutschland ist nicht bestimmt, den Knechten der Knechte unterworfen zu werden!"

Auf die Rede des Herrn v. Vincke, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß es in Oestreichs Macht liege, vermittelst des Bundestags Preußen vollständig herabzudrücken, erwiederte der Ministerpräsident: „Wenn ich ein östreichischer Minister wäre und die Erniedrigung Preußens anstrebte, so würde ich meinem Gesandten in Frankfurt folgende Instruktion geben: Suchen Sie das parlamentarische Regiment in Preußen zu stärken, stellen Sie auf die Tribüne Männer von starker Brust und Stirn, welche bei jeder Gelegenheit die Autorität angreifen ꝛc." Die Abstimmung wurde auf morgen vertagt.

— Ein hiesiger Kupferschmiedemeister hat eine vor 3 Jahren neu erbaute große Rübenzuckerfabrik in Stralsund gerichtlich für 40,000 Thlr. gekauft.

— Die gestrige Börse ist durch das Gerücht von einer nahe bevorstehenden Mobilmachung eines Armee-Korps und einer deshalb vom Finanzminister aufzustellenden außerordentlichen Forderung von 5 Millionen in nicht gewöhnliche Aufregung versetzt worden. Die „N. Pr. Z." versichert auf das Bestimmteste, daß dies jeder Begründung entbehrt.

† Die Kommission für Finanzen und Zölle (2. Kammer) hat einen Bericht über 10 Petitionen erstattet und beantragt bei allen Uebergang zur Tagesordnung. Es befinden sich darunter zwei Petitionen mehrerer Besitzer von Obligationen aus den drei Zwangsanleihen des ehemaligen Königreichs Westphalen, dahin lautend: die Kammer möge ihnen dazu verhelfen, daß die Regierung ihre Ansprüche aus jenen Anleihen befriedige, oder daß es ihnen ermöglicht werde, auf dem Rechtswege die Sache zum Ziele zu bringen.

† Der hiesige Magistrat führte, wie bereits mitgetheilt, bei den Kammern darüber Beschwerde, daß die Begünstigung, wonach bisher nur 2 Prozent des Mahl- und Schlachtsteuer-Kommunal-Zuschlages und der für Rechnung der Kommune durch die landesherrlichen Steuerbehörden erhobenen Wildpretssteuer als Beitrag zu den Erhebungskosten von der Stadt eingefordert und gezahlt worden, vom 1. Januar 1852 ab aufhören und sie verpflichtet sein solle, fortan 5 Proz. zu zahlen. In Folge der seitens des Finanzministeriums erfolgten Zurückweisung seiner Reklamation, beantragt der Magistrat bei den Kammern, auf einr gleichmäßige Behandlung der Städte in Betreff ihres Beitrags zu den Erhebungskosten der Mahl- und Schlachtsteuer hinzuwirken. Die Finanzkommission der 2. Kammer hat jedoch die Beschwerde und den Antrag für unbegründet erklärt und den Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

— Die Zahl der Schuldgefangenen beträgt gegenwärtig 30.

† Im Hirschberger Kreise ist zur Linderung der unter den Webern und Spinnern herrschenden Noth eine Lotterie veranstaltet worden, welche einen guten Fortgang hat. Der Abg. Hirschbergs zur 2. Kammer hat in Berlin bereits 300 Loose abgesetzt.

† Von mehreren Gewerberäthen ist, wie mitgetheilt, bei den

Kammern die Aufhebung der Gewerbesteuer beantragt worden. In Bezug auf einen dahin zielenden Antrag des Gewerberathes zu Ratibor hat die Finanzkommission der 2. Kammer den Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen, „da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder zuläßig noch zeitgemäß sei, die etatsmäßige Einnahme des Staates zu vermindern."

— Von dem mit einer Schaar der aufgelösten schleswig-holsteinischen Armee in brasilianische Militärdienste getretenen Herrn v. d. Heyde, der längere Zeit auch hier lebte, sind jüngst Nachrichten aus Brasilien hergelangt, welche die Lage dieser Truppen sehr ungünstig schildern und deren Rückkehr nach Deutschland in gar nicht ferne (?) Aussicht stellen.

— Dem Schlossermeister H. Benecke zu Berlin ist unter dem 26. Januar 1852 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Modell nachgewiesene, als neu und eigenthümlich erkannte Sicherheitsvorrichtung an Bramaschlössern auf fünf Jahre ertheilt worden.

— Dem Maschinen-Fabrikanten Albert Fesca in Berlin ist unter dem 26. Januar 1852 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung an Centrifugal-Maschinen, um das Schwanken der Achse zu verhindern, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre ertheilt worden.

— Der in Potsdam lebende erste evangelische Bischof Dr. Eylert ist schwer erkrankt.

— Der Lieutenant Pim, der bekanntlich eine Expedition zur Aufsuchung Sir John Franklins unternommen hatte, ist, von St. Petersburg zurückkehrend, in diesen Tagen wieder hier durchgekommen. Trotz aller Bemühungen hat es ihm nicht gelingen wollen, die Erlaubniß der russischen Regierung zur Fortsetzung seiner Reise zu erhalten, und er gedenkt sich daher von England aus zur See nach der Behringsstraße zu begeben, um die Aufgabe, die er sich gestellt, wo möglich in anderer Weise zu erreichen.

† Der im Staatshaushalt pro 1852 für die Polizeiverwaltung ausgesetzte Etat von 1,758,373 Thlrn. ist von der Zentralkommission zur Prüfung des Staatshaushalts genehmigt worden. Unter den Mehrausgaben für die Polizeiverwaltung befinden sich 9,940 Thlr. für das hiesige Polizeipräsidium. Der Dispositionsfonds des Ministeriums des Innern für die höhere Polizei beträgt 80,000 Thlr.

— Die unten mitgetheilte telegraphische Depesche aus London wurde dort gestern (den 28.) Nachmittags 5 Uhr aufgegeben und befand sich heute (den 29.) Vormittags bereits in Händen des telegr. „C. B."; die Depesche wurde vermittelst des unterseeischen Telegraphen über Calais befördert.

— Nach einer in der heutigen Kammersitzung gemachten Aeußerung des Ministerpräsidenten ist der Abmarsch der Oestreicher aus Norddeutschland nahe bevorstehend.

— Die Petitionskommission der 2. Kammer beantragt wieder bei einer Anzahl von Gesuchen die Tagesordnung; eine dieser Petitionen ist von dem Kaufmann und Gemeinde-Verordneten Klockner zu Frankfurt eingebracht; es war bei ihm Haussuchung gehalten worden, ohne daß später die Staatsanwaltschaft einen Grund zur Einleitung einer Untersuchung fand. Der Petent wandte sich an das Polizei-Direktorium um Angabe der Verdachtsgründe und nimmt jetzt, nachdem dieses und andere Gesuche fruchtlos blieben, die Vermittelung der Kammer in Anspruch.

— Polizei-Bericht vom 29. Januar. Ein hiesiger Kaufmann und Droguist hatte am 28. Vormittags einen gläsernen Ballon mit circa 3 Pfund Aether gefüllt und denselben in dem in einer Küche befindlichen Ofen erwärmen wollen. Hierbei kam er den sich entwickelten Dämpfen mit einem Lichte zu nahe, diese fingen Feuer, der Ballon platzte, die brennende Flüssigkeit strömte über und ein Flaschen-Repositorium und ein Balken im Rauchfange ward vom Feuer ergriffen. Die Dämpfung des Brandes gelang den Hausbewohnern. — Am 29. früh fand man einen jungen Mann von 17 Jahren plötzlich ohne vorangegangene Krankheit todt im Bette liegend. Spuren äußerer Gewalt fehlten. Es war augenscheinlich, daß derselbe am Abend vorher beim Niederlegen den Ofen mit Eichenholz geheizt, die Klappe zu zeitig zugemacht, eingeschlafen und vom Dampfe erstickt war. Alle Lebensrettungsversuche blieben erfolglos.

Liegnitz. Wie der „Schles. Z." geschrieben wird, fand am 25sten Abends in einem Tanzsalon hiesiger Stadt ein bedauernswerther Auftritt statt. Nach 10 Uhr, als das allgemeine Tanzvergnügen, an dem sich Soldaten und Zivilisten betheiligten, der polizeilichen Vorschrift zufolge aufgehört hatte, vernahm man ein Pfeifen, und alsbald stürzten eine Menge Soldaten mit blank gezogenen Säbeln in den Saal. Sie fingen auch sofort an, auf die noch vorhandenen Zivilisten einzuhauen, und das Handgemenge wurde von so erheblicher Natur, daß eine große Zahl bedeutender Verwundungen vorkamen. Ganz besonders sind die Zivilisten übel zugerichtet worden. Acht von ihnen sollen schwere Verletzungen erhalten haben. Der eine, welcher einen schweren Hieb über den Kopf erhielt, wird kaum mit dem Leben davon kommen. Politische Motive sollen die Schlagerei nicht hervorgerufen haben.

Königsberg, 24. Januar. Nach einer Verfügung des Oberpräsidenten ist nun das hiesige Landrathsamt angewiesen worden, die hiesigen vom Gemeinderath verweigerten Vertretungskosten für den im September v. J. einberufenen Provinziallandtag einzuziehen.

Hannover, 28. Januar. Die zweite Kammer hat heute ihre Schlußsitzung gehalten; es wurde in derselben der Freudentheil'sche Antrag, den vertriebenen Schleswig-Holsteinern die Erwerbung des Heimathrechtes in Hannover möglichst zu erleichtern, mit großer Mehrheit angenommen. Einen andern Antrag, das Schicksal der deutschen Flotte der Regierung zu empfehlen, zog Fr. zurück. — Es folgte ein Antrag Weinhagens, die Stände sollten ihre Erklärung zu Gunsten der Justizorganisationen wiederholen; im Laufe der Diskussion zog W. zwar seinen Antrag zurück, fast die ganze Kammer stimmte aber durch Erheben von den Sitzen seiner Erklärung bei: das Land will die Organisationen.

Darmstadt. Die 2. Kammer hat nach dem Vorgange der 1. Kammer beschlossen, die Heirathsbefugniß und das Niederlassungsrecht erst nach dem 25. Lebensjahre zu ertheilen; die Linke suchte umsonst darzuthun, daß man hierdurch nicht, wie beabsichtigt wird, der Entsittlichung ꝛc. entgegenarbeiten werde.

Würtemberg. Aus dem von der Abgeordnetenkammer so eben berathenen Bettler- und Vagabundengesetz führen wir nachstehend einige Bestimmungen an: Wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang hingiebt, übermäßigen Aufwand macht oder eine notorisch unordentliche Haushaltung führt, soll nach den Strafbestimmungen für einfache Bettelei bestraft werden. Arme, welche für sich oder ihre Familie öffentliche Unterstützungen genießen, können mit ihren Anhörigen gezwungen werden, gegen entsprechenden Lohn eine ihnen von der Obrigkeit aufgetragene Arbeit zu verrichten. Wer sich muthwillig in die Lage versetzt, öffentliche Unterstützung ansprechen zu müssen, z. B. durch Zerreißen der Kleider; wer erhaltene Unterstützungen mißbraucht u. s. w., wird mit Arrest bis zu vier Wochen, im Rückfalle bis zu drei Monaten bestraft.

Wien, 27. Jan. Das Wochenregister von kriegsrechtlichen Verurtheilungen ist diesmal noch reicher als gewöhnlich an zuerkannten Stockstreichen. Namentlich wurde eine ganze Anzahl von Fabrikarbeitern „wegen Verabredung zur Arbeitsverweigerung" in dieser Weise bestraft. Unter den übrigen Verurtheilten figurirt unter Andern noch Hr. Rudolf Weinberger, Magister der Chirurgie, der wegen des Besitzes „aufreizender" Schriften und Bilder zu sechs Wochen Profosenarrest, und ein Handlungskommis, der wegen „aufreizender Demonstrationen"

zu zwanzig Ruthenstreichen und achttägigem Stockhausarrest verurtheilt ward.

Paris, 27. Jan. Der „Moniteur" bringt nun die Namen derjenigen, welche so glücklich waren, eine Senatoren- oder Staatsrathsstelle mit dem dazu gehörigen Gehalte zu erhaschen. Man findet auf der Staatsrathsliste Viele, die man nicht erwartet hätte; es ist dies eine Folge der vielen Zurückweisungen, welche nach den Plünderungsdekreten Hrn. Louis Bonaparte zugingen. Von den vielen Gerüchten, welche heute zirkulirten, erwähnen wir eines, welches durch die unten mitgetheilte Depesche widerlegt wird, daß nämlich der Präsident sich eines Bessern besonnen und der Ausführung der Konfiskationsdekrete so lange Einhalt thun werde, bis dieselben vom Senat und dem gesetzgebenden Körper genehmigt worden. Ferner zirkulirte wiederum das Gerücht, daß die Einkommen- und Rentensteuer ꝛc. demnächst durch ein Dekret in Kraft treten solle; ein anderes Gerücht wollte wissen, daß die Wahlen zum gesetzgebenden Körper am 15. oder 16. Februar stattfinden würden.

Paris, 28. Januar. Der heutige „Constitutionnel" kündigt an: es sei ungegründet, daß die Maßregel der Orleansschen Güter-Konfiskation dem Senat oder dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werde. (Tel. Dep.)

Italien. In Piemont tritt die Priesterpartei seit dem 2. Dezember wieder kühner hervor; der verbannte Erzbischof Franzoni giebt dem Klerus Sardiniens Verhaltungsmaßregeln. Der „K. Z." wird sogar von Gerüchten geschrieben, nach welchen eine Aufhebung der Verfassung (?) bevorstehe. — Eugen Sue ist in Annecy angekommen.

London, 28. Januar. Lord Normanby hat seine Entlassung eingereicht und wird dessen Stelle durch Lord Cowley ersetzt.

Das Geschwader ist aus dem Tajo zurückberufen.

Eine Aushebung von 10,000 Mann ist anbefohlen worden. (Tel. Dep.)

New-York, 14. Januar. Kossuth war gestern noch in Annapolis (Regierungssitz von Maryland); er geht von da nach Harrisburg (Regierungssitz von Pennsylvanien) und von da nach Pittsburg und Cincinnati. Durch den Telegraphen empfing er zuletzt noch eine Einladung nach New-Orleans. Es ist die erste aus dem Süden. Der Kongreß wird noch öfters mit der ungarischen Frage beschäftigt werden. Seward legte am 12. d. Mts. wieder eine Denkschrift von 500 angesehenen Bürgern New-Yorks im Senate auf, welche Aufmerksamkeit des Kongresses auf die russische Intervention in der ungarischen Sache verlangt. Im Senate steht Kossuth's Sache besser als im Repräsentanten-Hause. Letzteres weigerte sich, um eines dringenden Antrages in Betreff der Unterstützung einer Anzahl hülfloser Ungarn willen, die Geschäfts-Ordnung zu unterbrechen. Das Repräsentanten-Haus des kleinen Staates Maine ist in dieser Hinsicht ein Gegensatz des Repräsentanten-Hauses zu Washington; denn es beschloß am letzten Sonnabend mit 83 gegen 34 Stimmen: es verlange ernstlich, daß das General-Gouvernement der Vereinigten Staaten in irgend einer Weise und zweckmäßigen Art gegen alle fernere russische Intervention in ungarischen Angelegenheiten wirke. Bezeichnend ist, daß die Gegner dieses Beschlusses größtentheils Demokraten waren.

Die Rede des Staatssekretärs Webster bei dem zu Ehren Kossuth's gegebenen Bankett hat dem östreichischen Gesandten zu Beschwerden Anlaß gegeben; er hat sich direkt an den Präsidenten gewendet. Die Antwort wird ihm jedoch von Webster zugestellt werden, und sie dürfte so ausfallen, daß Hr. v. Hülsemann sich bewogen sehen wird, seine Pässe zu verlangen.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Holdheim, in Berlin.

Die Tapezierer-Gehülfen

werden hiermit erinnert, daß das Quartal am 31. Januar Ab. 7 Uhr, Schützenstr. 31 bei Kierski abgehalten wird. Es bittet, recht zahlreich sich einzufinden. Der Vorstand.

Cirque national de Paris.

Heute Freitag: La rose, von Madame Newsome u. Herrn Selim. Corde Volante. Persische Productionen.

Wiener Affen-Theater, Sophienstraße 16.

Heute: 5te **große Vorstellung** der aus **53 vierfüßigen Mitgliedern** bestehenden **Künstlergesellschaft.** Plätze: Num. Stühle 15 sgr., Kdr. 7½ sgr. Erster Pl. 10 sgr., Kdr. 5 sgr. Zweit. Pl. 6 sgr., Kdr. 3 sgr. Dritt. Pl. 3 sgr., Kdr. 2 sgr. Kass. 6, Anf. 7 Uhr. **C. Orban,** Direktor.

Nur noch kurze Zeit!

Förster's Salon, Friedrichsstr. 112.

Heute Freitag: Eine Vorstellung:

Das malerische und romantische Rheinland.

Kassenöffnung ½6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Von jetzt ab finden Sonnabend die regelmäßigen Vorstellungen wieder statt. **Kahleis u. Wolff.**

Das merkwürdige Mädchen, 38 Zoll hoch, 42 Zoll Umfang, 26 J. alt, 150 Pfd. schwer, ist nebst d. Cosmoramen unwiderruf. nur b. Sonnab., 31. Jan., tägl. v. Nachm. 4—10 Uhr Spittelbrücke 2. zu sehen. Entr. à Pers. 2 Sgr., Unbemittelte 1 Sgr.

Für Buchbinder und Galanteriearbeiter.

Cartonagenbilder, geschmackvoll und billigst empfiehlt bestens Carl Glück, Kommandantenstr. 89, 1 Tr.

Zucker-Syrop, 1½ auch 2 sgr., Rosenstr. h. d. Werd. K. 2.

Karakter-Anzüge und Dominos vermiethet äußerst billig, **B. Werner,** Mühlendamm Nr. 22.

Lokal-Vermiethung in Leipzig.

In meinem, eines der größten und günstigst gelegenen Gewölbe Leipzigs — Grimmaische Straße Nr. 21 — vermiethe ich die Hälfte der Lokalitäten. Diese sind so bedeutend, daß sie selbst für ein ganz großes Lager ausreichend sein dürften.

Berlin, 28. Januar 1852. **P. J. Thouret.**

5/4 **Taffet-Kleider** von 6½, 7, 8—9 thlr.

10/4 Thybet-Kleider von 3½, 4 bis 5 thlr.

8/4 Thybet-Merinos und Camlots und Umschlage-Tücher von 3, 3½ und 5 thlr.

M. Blumenreich & Comp.,

Poststraße Nr. 8., den Scharren gegenüber.

Wirklicher Ausverkauf

der sechsten Association der Schneider-Meister.

Um schnell wegen Aufgabe des Geschäfts zu räumen, verkaufen wir sämmtliche Kleidungsstücke **zu** und **unter** den wirklichen Kostenpreisen, eine Partie älterer Sachen sogar für die Hälfte des reellen Werthes. Das Lager ist bis jetzt noch vollständig assortirt, und garantiren wir für reelle Arbeit und Stoffe.

Markgrafenstr. Nr. 34.

Schillingsgasse 22 ist sogl. 1 Stube für 20 thlr. m. separ. Eing.

1 Schlafst. mit separ. Eing. ist Blumenstr. 60 bei Hoffmann.

Neue Friedrichsstr. 61, 3 Tr., ist eine Schlafst. z. vermieth. b. Lemcke.

Berlin,
Verlag von Theodor Heymann.

Druck von W. Pormetter in Berlin,
Kommandantenstr. 7.